

| | | |
|--|---|---|
| ANFRAGE Stadtrat Eduardo Mossuto (FW) Stadtrat Jürgen Wenzel (FW) vom 15. September 2010 | Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: | 15. Plenarsitzung Gemeinderat 19.10.2010 527 17 c öffentlich |
| Kombilösung: Mehrkosten und Förderfähigkeit der Kombilösung | | |

- A. Liegt dem Land Baden-Württemberg zwischenzeitlich eine Mehrkostenmeldung betreffs der Kostensteigerung der Rohbauarbeiten vor?
- B. Ist die Stadt Karlsruhe nicht verpflichtet, unmittelbar nach Kenntnisstand der Mehrkosten diese bei den Zuschussgebern zu benennen?
- C. Gefährdet eine solche Nichtnennung der Mehrkosten nicht die gesamte Finanzierung des Projektes?
- D. Ist eine Neuberechnung der Förderfähigkeit nach Nennung der Mehrkosten nicht zwingend erforderlich?
- E. Wie hoch waren die tatsächlich errechneten Eigenleistungen der Stadt Karlsruhe an den Kosten der Kombilösung im Jahr 2004?
- F. Wie hoch sind die derzeitigen errechneten Eigenleistungen der Stadt Karlsruhe an den Kosten der Kombilösung bei geschätzten Baukosten von 615 Millionen Euro?
- G. Wie verhält es sich künftig mit dem städtischen Anteil, wenn, wie zu erwarten, die KVVH-Überschüsse schmelzen werden?

Sachverhalt/Begründung:

Wie man Medienberichten entnehmen konnte, wurde der Petition der Freien Wähler Karlsruhe zur Förderfähigkeit der Kombilösung nicht stattgegeben. Begründung: Den Zuschussgebern liegt derzeit keine Nennung von Mehrkosten durch die Stadt Karlsruhe vor, eine Neuberechnung der Förderfähigkeit ist somit nicht erforderlich.

Somit geht man bei Bund und Land davon aus, dass die 2004 offiziell genannten 496 Millionen Euro Kosten für den Bau der Kombilösung weiterhin Bestand haben. Somit ist die tatsächlich akute geschätzte Summe vom Dezember 2009 und in den BNN mit 615 Millionen Euro beziffert den Zuschussgebern bisher nicht bekannt.

Angesichts der Haushaltslage nimmt man somit in Kauf, dass für die wirklichen Kosten ein weiteres Risiko auf die Stadt zukommt.

Auch wenn die wirklichen Kosten für den Bau der Kombilösung im Moment den aktuellen städtischen Haushalt nicht belasten, so ist das nur eine Momentaufnahme. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die KVVH bereits im Jahr 2009 (Amtsblatt/StadtZeitung vom 16. Juli) aus dem Überschuss der Stadtwerke von 21,9 Millionen Euro auch die Defizite der KASIG ausgeglichen hat und die Zuschüsse aus Stuttgart und Berlin sich nur auf förderungsfähige Leistungen beziehen. Rechnet man die nichtförderfähigen hinzu, so betragen die Eigenleistungen der Stadt Karlsruhe fast 30 Prozent.

unterzeichnet von:

Eduardo Mossuto

Jürgen Wenzel

Hauptamt - Sitzungsdienste -

8. Oktober 2010